

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Thüringer Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei

Medien und Demokratie – Demokratie und Medien

Im Frühjahr dieses Jahres kündigte die Mediengruppe Thüringen tiefgreifende Umstrukturierungen mit weitreichenden Folgen sowohl für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für die Thüringer Medienlandschaft insgesamt an. Die zur Funke Mediengruppe gehörenden Tageszeitungen Ostthüringer Zeitung (OTZ), Thüringer Landeszeitung (TLZ) und Thüringer Allgemeine (TA) sollen gestrafft und zentralisiert werden. In einem "Zukunftsprogramm" werden Mantelredaktionen wie auch Anzeigenverkauf jeweils konzentriert. Im Gegenzug sollen zwar die Lokalredaktionen personell verstärkt und Stellen für ein neues Online-Portal geschaffen werden. Erst einmal fallen aber Stellen weg.

Die hier in Rede stehenden Veränderungen der Thüringer Printmedienlandschaft vollziehen sich nicht singulär, sondern sind Ausdruck einer seit längerem stattfindenden grundsätzlichen Umwälzung der Medienlandschaft, die unter dem Stichwort Medienkonzentration zu fassen sind. National und international haben in den vergangenen Jahren relevante Eigentumskonzentrationen stattgefunden. In Deutschland führt dies zu einem tendenziellen Oligopol von Medienunternehmen, die regional eine marktbeherr-

schende Position haben und selbst wenn sie durch das Kartellrecht nicht gefasst werden, einen gesunden Wettbewerb längst ausschließen. Insbesondere in jüngerer Zeit fanden Verschiebungen relevanter Marktanteile innerhalb dieses Oligopols statt, während der Printmedienbereich in einer Weise schrumpfte, dass bereits vor einigen Jahren von einer Printkrise gesprochen wurde. Allein zwischen 2012 und 2015 führten Umstrukturierungen bei Gruner+Jahr und DuMont, der Insolvenz der Financial Times Deutschland, Entwicklungen bei Frankfurter Rundschau und FAZ, Funke-Mediengruppe und Münchner-Abendblatt zu einem Abbau von 1.300 Stellen.

Parallel agierte die Funke Mediengruppe in relevanter Weise als Player auf dem Markt der Eigentumsverlagerung. Für den Kauf von Regionalzeitungen, Frauen- und Fernsehzeitschriften vereinbarte sie mit der Axel Springer SE den Preis von 920 Millionen Euro. Gleichzeitig zu diesen Verhandlungen und bevor im vergangenen Jahr die diversen Titel nach langen Verhandlungen den Besitzer wechselten und das Essener Medienhaus dafür zahlen musste, ging das Geschäft der Funke-Gruppe jedoch deutlich zurück. Der Umsatz sank im Jahr 2013 um 6,6 Prozent auf 929 Millionen



Euro. Dass der operative Gewinn mit 105,6 Millionen Euro auf dem Niveau des Vorjahres blieb, verdankte sie den enormen unternehmensinternen Sparmaßnahmen, in Folge dessen die Personalausgaben, der größte Ausgabenposten, 2013 um etwa 10 Prozent auf 388,2 Millionen Euro zurückgingen. Kurzum: Aus Sicht der Gewerkschaften erkaufte die Funke Medien-gruppe ihre Wachstumsstrategie durch die Einsparungen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Journalistinnen und Journalisten in den vergangenen zehn Jahren massiver umgewälzt wurden als in den Jahrzehnten zuvor. Renate Köcher fasst diese Veränderungen Ende 2015 in einem Beitrag für die FAZ zusammen: „Korrespondentennetze wurden ausgedünnt, Zeit- und finanzielle Budgets für Recherche vielfach verknüpft, gleichzeitig oft das Aufgabenspektrum verbreitert, insbesondere auch durch die Herausforderung, auf mehreren Plattformen wie Printmedien oder Fernsehen und Internet umfassend präsent zu sein.“

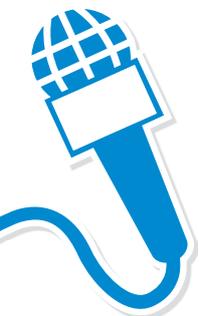


„Der Auftrag unserer Verfassung, für Vielfalt im Medienbereich zu sorgen, ist eindeutig.“

Zugleich gelten die Gesetze einer Marktwirtschaft, in der die Übernahme kleinerer Anbieter bzw. Eigentumsverlagerung der Normalfall sind.

Diese beispielhafte Entwicklung aus dem Printmediensektor ließe sich in andere Bereiche des Mediensektors übertragen und führt im Ergebnis zu der Feststellung, dass die Arbeitsbedingungen von

Durch Medienverflechtungen, Eigentumskonzentration, die Reduktion regionaler Vielfalt tritt nicht nur eine Störung des freien Spiels der Marktkräfte ein, die volkswirtschaftlich problematisch ist. Vielmehr sind demokratie- und gesellschaftspolitische Defizite zu



erwarten, die Werner A. Meier wie folgt auf den Punkt bringt: „Die Funktion der Presse in der Gesellschaft besteht darin zu informieren, aber ihre Rolle besteht darin, Geld zu machen.“ Darüber zu rasonieren macht freilich wenig Sinn. Vielmehr ist zu prüfen, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind:

1. Die Fähigkeit zur Recherche, zur Herstellung von Medienvielfalt ist ein zentrales Instrument medialer Selbstregulation und Wahrnehmung der Funktion als „vierte Gewalt“. Vielfalt und Konkurrenz sind ein Anreiz für journalistische Qualität – Medienkonzentration reduziert Qualität und schadet letztlich dem Produkt.
2. Mehr lokale Berichterstattung gleicht journalistische Konkurrenz bei der Information über Landespolitik und Bundespolitik und die Abbildung gesellschaftlicher Meinungsströmungen nicht aus, für die FR und FAZ, TAZ, Neues Deutschland u. a. standen und bis heute im Printmedienbereich stehen.
3. Bürgerradios, lokale Medienangebote sichern Vielfalt und fördern zivilgesellschaftliches Engagement an den Orten, die Identität, Bezugspunkt und auch Heimat sind. Das Bewusstsein für die Bedeutung dieser Institutionen muss wachsen – auch finanziell. Wer den Rundfunkbeitrag beschneiden will, schränkt damit letztlich auch die Fähigkeit der Medienanstalten ein, hier unterstützend tätig zu werden. Die Anbieter solcher grassroots-Medien in die Lage zu versetzen, digitale Angebote zu unterbreiten, sollte es wert sein, eine spürbare Scheibe aus den Mitteln der Breitbandförderung abzuzweigen.
4. Recherche, auch investigative, braucht Zeit, Geld und Unabhängigkeit. Sie braucht hochqualifizierte Leute. Wer klagt, dass der Mindestlohn für die Medienunternehmen erhebliche Mehrausgaben bedeutete, verweist letztlich nur auf die häufig schwierigen Arbeitsbedingungen des medialen Prekariats der „festen Freien“, ihrer irregulären Vertrags- und Arbeitszeitbedingungen und die fehlende arbeitsrechtliche Interessenvertretung – nicht zuletzt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
5. Die duale Rundfunkordnung hat sich bewährt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der in Deutschland durch Staatsverträge geregelt und bewusst staatsfern organisiert ist, ist für unsere Demokratie existenziell wichtig. Wer dieses System erhalten will, muss es finanzieren wollen. Diejenigen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk delegitimieren wollen, greifen – dem Muster der Tea-Party folgend – den Rundfunkbeitrag als Zwangsbeitrag an. Eine Senkung,

wie derzeit diskutiert, um 30 Cent wäre Wasser auf die Mühlen der deutschen Tea Party, der AfD. Setzen wir stattdessen auf gute Qualität durch gute Arbeit in den Sendern und den Landesmedienanstalten als Kontrollinstitutionen.

Es kann niemandem gleichgültig sein, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Institution angefeindet und als „Systemmedien“ oder mit anderen Attributen verunglimpft wird. Renate Köcher zeigte im Dezember 2015, basierend auf Daten des Allensbach-Institutes, dass die bundesdeutsche Bevölkerung den Medien mit



überwiegender Mehrheit vertraut und gleichzeitig befürchtet, dass verantwortungsvoll wahrgenommener Journalismus dazu führen könnte, unangenehme Wahrheiten zu verschweigen. 73 Prozent der Bevölkerung plädieren selbst dann für eine rückhaltlose Berichterstattung, wenn dies zu negativen Auswirkungen und Reaktionen führen würde. Ein dickes Brett, das durch Medienunternehmen und ihre Beschäftigten zu bohren ist – aber wer hat behauptet, dass Demokratie und Medien in ihr einfach zu haben seien.

Die TLM hat in den vergangenen 25 Jahren bewiesen, dass sie den großen Bohrer nicht scheut. Dafür danke ich und wünsche den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der TLM und der anderen Landesmedienanstalten weiterhin viel Erfolg für ihre wichtige Arbeit.

